

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 161. Ratssitzung vom 23. Januar 2013

3534. 2012/342

Weisung vom 19.09.2012:

Liegenschaftenverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Herdernareal, Quartier Aussersihl, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für eine kommunale Wohnsiedlung an der Herdern-/Bullingerstrasse, Kat.-Nr. AU5734, Quartier Aussersihl, wird der vom Stadtrat bewilligte Projektierungskredit von Fr. 380 000.– um Fr. 2 120 000.– auf 2 500 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag 1:

Andreas Edelmann (SP): *Der Fokus soll hier mehr auf 4,5-Zimmer-Wohnungen für Familien gelegt werden. Das Projekt ist in der Weisung als Minergie-P-Eco oder Minergie-A-Eco Standard vorgesehen und soll gleichzeitig die Kriterien der 2000-Watt-Gesellschaft erfüllen. Die Aussenräume sollen Teil des Konzepts sein und einen multifunktionalen Freiraum ermöglichen. Der Stadtrat hat bereits in eigener Kompetenz 380 000 Franken für die Durchführung des Wettbewerbs bewilligt. Jetzt geht es darum, die grössere Tranche zu sprechen, um das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag auszuarbeiten, damit das Siegerprojekt mit Baukredit dem Gemeinderat vorgelegt werden kann. Es gibt in der Umgebung ein städtisches Parkhaus mit leeren Plätzen. Es ist nicht nötig, im Objekt eine Tiefgarage zu bauen, wenn in unmittelbarer Distanz Parkmöglichkeiten verfügbar sind. Dadurch würden auch eine Million Franken für die Parkierung entfallen.*

Kommissionsminderheit Änderungsantrag 1:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Wenn man irgendwo extern ein Parkhaus hat, das zum jetzigen Zeitpunkt nicht voll genutzt wird, nimmt man das als Ausrede, um dort die Parkplätze zu realisieren.*

Weitere Wortmeldungen:

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): *Es ist grotesk, wie die grün-linke Ratsmehrheit zunehmend versucht, der Hälfte der Bevölkerung vorzuschreiben, wie sie sich in der Stadt zu bewegen hat. Die Familienwohnungen sind demnach nur für Leute, die kein Auto haben wollen. Ob die blauen Zonenparkplätze in Zukunft noch dort sind, ist nicht gesichert. Bei Neubauten prophylaktisch darauf zu verzichten, günstige Parkplätze zu bauen und sie stattdessen zu verschieben, ist fahrlässig.*

Dr. Davy Graf (SP): In der Stadt haben wir zur Zeit 200 000 Wohneinheiten. Die Bevölkerung hat der neuen Parkplatzverordnung zugestimmt und jetzt fangen wir zaghaft an, bei einigen Siedlungen das Konzept umzusetzen. Es gibt einen riesigen Bestand an Parkplätzen. Solange noch Parkhäuser leer sind und Genossenschaften sowie Private Mühe haben, Parkplätze zu vermieten, ist es innerhalb einer Quartierentwicklungsplanung sinnvoll, diese zuerst zu besetzen.

Andreas Edelmann (SP): Wir haben einen Auftrag vom Volk, den Individualverkehr zu reduzieren. Mit dieser Weisung zu einem Wohnbauprojekt können wir einen kleinen Schritt in diese Richtung machen. Die Siedlung selber soll begrünt werden, weshalb wir den Änderungsantrag der SD nicht unterstützen, jedoch dem Postulat zustimmen.

Jean-Claude Virchaux (CVP): In der Umgebung gibt es schon sehr viele Wohnungen ohne Parkplätze. Ob die Lösung wirklich gut ist, davon sind wir nicht überzeugt. Trotzdem wollen wir das Projekt deshalb nicht kippen. Es wird ein gutes Projekt und deshalb können wir ihm zustimmen.

Severin Pflüger (FDP): Darf man gegen gemeinnützigen Wohnungsbau sein, weil einen ein kleines Detail stört? Ja, denn sonst sind wir immer im Zugzwang. Wir lehnen den Änderungsantrag ab und wenn er durchkommt, müssen wir konsequenterweise auch gegen die Weisung sein, sonst haben wir keine Verhandlungsmacht in der Frage.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Wenn schon autofrei, soll man es konsequent machen und im Mietvertrag festhalten. Mit der neuen Parkplatzverordnung werden die Plätze reduziert, aber warum nicht Tiefgaragen bauen, die eine reduzierte Anzahl von Parkplätzen zur Verfügung stellen? Gerade aus ökologischer Sicht soll Wohnen und Arbeiten zusammengehören. Wenn alle Gewerbler aus der Stadt gedrängt werden, haben wir einen riesigen Pendlerverkehr, den die Grünen auch nicht wollen. Wir brauchen eine gewisse Kompromisspolitik, die situativ entscheidet. Wir befinden das Herdernareal nicht als autoarm geeignet.

Roger Liebi (SVP): Unter dem Vorwand des gemeinnützigen Wohnungsbaus von der linken Seite inklusive CVP baut man autofreie Wohnungen. Diejenigen, die nicht dafür sind, sind gleichzeitig die Gegner des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Wie kann man dezidiert gegen den Änderungsantrag sein und dann doch zustimmen?

Markus Knauss (Grüne): Im hochpreisigen Wohnungsbau werden viel mehr Leute diskriminiert, doch das ist dann der freie Markt. Wir vereinbaren nur die Infrastruktur der Stadt mit den realen Bedürfnissen der Anwohner. Es sollten die leeren Infrastrukturen genutzt werden.

Mauro Tuena (SVP): Die Parkplatzverordnung ist noch nicht in Kraft und wir wissen nicht, ob sie so umsetzbar ist. Jetzt macht man eine Voranwendung von etwas, das gerichtlich erst noch beurteilt werden muss. In den zwei Parkhäusern, die erwähnt wurden, herrscht eine spezielle Situation vor. Doch es gibt viel mehr Leute, die lange auf der Suche nach geeigneten Parkplätzen in ihrer Nähe sind.

3 / 4

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt folgende Ergänzung zum Antrag des Stadtrats:

Die erforderlichen Abstellplätze für die Wohnungsmietenden nach neuer PPV sind innerhalb der baurechtlich zulässigen Distanz in der näheren Umgebung auszuweisen, die übrigen PP oberirdisch auf dem Areal.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Andreas Edelmann (SP), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Philipp Käser (GLP) i. V. von Matthias Wiesmann (GLP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Katrin Wüthrich (SP)
- Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 46 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2

Christoph Spiess (SD): *Wir brauchen in erster Linie bezahlbare Wohnungen. Boden, der einmal kaputt ist, kann nicht mehr ersetzt werden. Der Boden ist umso wertvoller, wenn er in einem dicht besiedelten Gebiet liegt. Selbstverständlich fand der Kanton einen Grund, warum das doch eingezont werden kann, obwohl es landwirtschaftlich nutzbares Land ist. Wir beantragen, dass die kommunale Wohnsiedlung ohne Erweiterung der Bauzone an der Herdernstrasse konzipiert wird.*

Urs Fehr (SVP): *Ich muss schmunzeln, wenn die SD die Rechte der Schrebergartenbewohner so verteidigt. Dort gibt es Klein-Italien, Klein-Serbien und alles Mögliche, aber immer weniger Schweizer.*

Christoph Spiess (SD): *Man muss ja nicht Familienareal abschaffen, weil es dort zu viele italienische Fähnchen gibt. Das Land ist doch vorhanden. Wenn die Schweizer sich nicht für ein Gartenareal interessieren, sind sie selbst schuld.*

Änderungsantrag 2

Christoph Spiess (SD) beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für eine kommunale Wohnsiedlung an der Herdern-/Bullingerstrasse ohne Erweiterung der Bauzone, Kat.-Nr. AU5734, Quartier Aussersihl, wird der vom Stadtrat bewilligte Projektierungskredit von Fr. 380 000.– um Fr. 2 120 000.– auf Fr. 2 500 000.– erhöht.

4 / 4

Der Rat lehnt den Antrag von Christoph Spiess (SD) mit 5 gegen 107 Stimmen ab.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Andreas Edelmann (SP), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Philipp Käser (GLP) i. V. von Matthias Wiesmann (GLP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)
Enthaltung:	Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 42 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für eine kommunale Wohnsiedlung an der Herdern-/Bullingerstrasse, Kat.-Nr. AU5734, Quartier Aussersihl, wird der vom Stadtrat bewilligte Projektierungskredit von Fr. 380 000.– um Fr. 2 120 000.– auf 2 500 000.– erhöht.

Die erforderlichen Abstellplätze für die Wohnungsmietenden nach neuer PPV sind innerhalb der baurechtlich zulässigen Distanz in der näheren Umgebung auszuweisen, die übrigen PP oberirdisch auf dem Areal.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 30. Januar 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. März 2013)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat